

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869**

17.2.1869 (No. 40)



# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 17. Februar.

Nr. 40.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einkaufsgebühren: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr., Briefe und Gelber frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

## Telegramme.

† Berlin, 15. Febr., Nachm. Die Frankfurter Deputation hat wiederholt mit den verschiedenen Ministern konferirt und reist heute Abend wieder nach Frankfurt zurück. Ihre Vollmacht berechtigt sie nur zur Verhandlung mit der Regierung und zu einem Abschluß vorbehaltlich der nachfolgenden Ratifikation. Die Regierung will jedoch einen definitiven Abschluß herbeiführen; die Deputation geht deshalb nach Frankfurt zurück, um die Vollmacht zu einem definitiven Abschluß einzuholen.

† Berlin, 15. Febr. Die diesjährige Session des Bundesraths des Norddeutschen Bundes wurde durch Abhaltung der heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers eröffnet. Die Wahlen der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, für Justizwesen, für Rechnungswesen, für die Geschäftsordnung und für die Berathung des Entwurfs einer Gewerbeordnung fanden statt. Demnächst wurden die Vorlagen des Präsidiums über die Gesetzentwürfe, betreffend 1) die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushalts-Etat für das Jahr 1869; 2) die Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung und des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetze; 3) die Revision der Bundesbeamten; ferner über den Kommissionsbericht wegen des Branntweinbesteuerungs-Modus; über die mit Italien geschlossenen Konsularkonventionen; über das Abkommen mit Luxemburg wegen der Branntweinsteuer-Abfindung; über den Entwurf eines Postvertrags mit Schweden über die Erziehung eines Generalkonsulats in Mexiko, und endlich über den Entwurf einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

Von der Präsidialvorlage, betreffend die Ausprägungen und Einziehungen von Münzen in den Staaten des Norddeutschen Bundes, nahm die Versammlung Kenntniß. Der Ausschuss für Handel und Verkehr berichtete über die gegen die Kinderpest zu ergreifenden Maßregeln. Die Beschlußnahme wurde vorbehalten. Mehrere an den Bundesrath gerichtete Eingaben gingen an die betreffenden Ausschüsse.

† Wien, 15. Febr. Die „Presse“ meldet: der griechische Minister des Aeußern, Delyannis, hat gestern eine Zirkulardepesche an die griechischen diplomatischen Agenten versandt, welche die Anzeige von der Annahme der Konferenz-erklärung von Seiten Griechenlands enthält und den Standpunkt der Regierung erläutert.

† Florenz, 15. Febr. Man kann die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Mexiko als nahe bevorstehend ansehen. — Garibaldi hat ein Schreiben an die Kreter gerichtet, worin er ihnen rathet, sich wegen Erlangung ihrer Selbstständigkeit an die Vereinigten Staaten zu wenden.

Die Unterhandlungen über die Finanzoperation sind sehr fortgeschritten und soll, wie man versichert, der Abschluß derselben nächstens veröffentlicht werden.

† New-York, 14. Febr. Das Repräsentantenhaus nahm eine Bill an beßens Annullirung aller zur Emission von Bonds autorisirenden Gesetze, ausgenommen für Eisenbahnsubsidien, oder für die Konvertirung von Coupons einregistrirter Bonds. Eine im Repräsentantenhause eingebrachte Bill verbietet geheime Goldverkäufe oder Bondsverkäufe durch die Regierung.  
Der Dampfer „Nellie Stevens“ verbrannte, 63 Menschenleben gingen verloren.

## Deutschland.

München, 14. Febr. Sitzung der Abgeordneten-Kammer vom 13. Febr. Fortsetzung der Verhandlungen über die Anträge auf Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts.

Die Diskussion eröffnet Dr. Ruland (kathol. Geisler), indem er sich zwar zu der alten Volksvertretung nach Ständen als seinem Ideal bekennt, doch aber unter den thatsächlichen Verhältnissen die neueste Wahlmethode unterstützt. Unter dem Vorwand, Angriffe gegen den Klerus abweisen zu wollen, richtet er nun solche gegen das Ministerium, dessen Mißgriffe die üble Stimmung bei der katholischen Bevölkerung erregt, das ein Neg von Demunzianten über das Land gespannt, das dem Kreis Unterfranken einen Präsidenten entrisen habe, welcher die Liebe und das Vertrauen des Volkes besessen.

Mandel (Mittelpartei) spricht für den Uebergang zur Tagesordnung; auch Preußen habe zweierlei Wahlssysteme, und das für seinen Landtag sei viel liberaler als das unsere. Man könne zusehen, bis und wie man dort sich einrichte.

Den Ausschlag, wenn es überhaupt eines solchen bedürfte, gab Dr. Geßel (Wider): Die Idee des freien Wahlrechts sei berechtigt, sei die schönste; aber die thatsächlichen Verhältnisse müßten ihr entsprechen. Bei uns seien die Bedingungen dafür noch nicht vorhanden. Ein 50-jähriges konstitutionelles Leben sei zu jung für sie; erst solle man die Früchte eines neuen Schulgesetzes, der freieren Sozialgesetzgebung, dann erst das Gebäude mit dem freien Wahlrecht krönen.

Sehr energisch sprach der Minister des Innern, Dr. v. Hörmann: Die Regierung verachte die Inimination einer feindseligen Partei, als sperrten die Minister sich gegen Aenderung des Wahlsystems, los um

im Amt sich zu erhalten; heutzutage gehöre Patriotismus und Olyermuth dazu, ein Portefeuille zu führen. Die Regierung verhalte sich gegen die Anträge neigend bloß deshalb, weil sie die allgemeine direkte Wahl nicht für den Modus halte, durch den die wahre Gesinnung des Volkes zum Ausdruck gelange. Er bemerke sich in dieser Beziehung auf die Erfahrung. In den Ländern mit freier Wahl habe man entweder einen sehr hohen indirekten Wahlzensus, wie die Dänischen in Norddeutschland, oder die enormen Wahllosigkeiten in England (wo zudem die Wahl zwar direkt, beläße aber nicht allgemein sei), oder man habe eine Beeinflussung der Wähler durch die Regierung theils unmittelbar, theils mittelbar durch die Parteien. Jede Regierung müsse, bei allgemeiner direkter Wahl, nothgedrungen auch am Kampf Theil nehmen; sie könne nicht, Gewehr bei Fuß, zuschauen, wenn das Geriehe, wenn Entstellung und Lüge sie zu stützen suche. Aber um die freie Wahl eheich einzuführen, dazu müsse das Volk auch über die thatsächlichen Verhältnisse unterrichtet sein. Eben jetzt aber gehebe in Bayern das Mögliche, den gesunden Sinn des Volkes zu trüben, sein Urtheil zu verwirren, und dies von einer Partei, welche vor kurzer Zeit noch entschieden auftrat gegen die allgemeine Wahl, die aber jetzt den darauf abzielenden Anträgen sich angeschlossen hat, angeblich, weil die Mißgriffe des Ministeriums das Volk in eine andere Richtung gezwungen hätten. Die Wahrheit dieser Voraussetzung bezweifelnd, könne das Ministerium sich nicht günstiger beurtheilt finden, als durch das Mißfallen dieser Partei (lebhaftes Bravo). Einer der Redner von dieser Seite habe der Regierung vorgeworfen, sie habe ein Neg von Demunzianten über das Land gespannt; darin liege eine Verleumdung, welche der Staatsverwaltung in diesem Saal nicht hätte zugesagt werden sollen. Diese habe nichts verübt, als daß Alle, die gegen das Gesetz sich verhielten, auch strafrechtlich verfolgt werden sollen, sie mögen einem Stande angehören, welchem sie wollen. (Bravo!) Die Thatsache, daß man dem Ministerium Demunziationen ohne Nachweis vorgeworfen, charakterisire jene Partei besser, als alle Reden vermöchten. (Bravo!) Der Minister schloß, indem er warnte, ein Experiment zu versuchen, für welches man weder in der Theorie noch in der Praxis eine Bürgschaft des Gelingens besäße, und am wenigsten jetzt eine dahin zielende Vorlage von der Regierung zu verlangen, eine Vorlage, die wegen ihrer tiefgreifenden Bedeutung für unser Verfassungsrecht reifliche Erwägung erheische, während die Funktionsdauer der Kammer nur noch wenige Wochen laufe und mit schwierigen Arbeiten schon überlastet sei.

Schließlich wurde, wie bereits mitgeteilt, mit 92 gegen 48 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.  
München, 15. Febr. (A. Hg.) Die Abgeordneten-Kammer hat die allgemeine Debatte über das Schulgesetz begonnen. Gelber, Liebl, Leonhardt, Stadler sprachen für, Neeger, Kuland, Jörg gegen dasselbe.

Nagelburg, 10. Febr. Einer amtlichen Bekanntmachung zufolge wird sich die Ritter- und Landtschaft des Herzogthums Lauenburg am 27. Februar zu einem außerordentlichen Landtag versammeln.

Berlin, 14. Febr. Sitzung des Herrenhauses vom 13. Febr.

Auf der Tagesordnung stehen die Vorlagen, betr. die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg und des Kurfürsten von Hessen.

Graf zur Lippe hat ein Amendement, betr. Ausschließung des Rechtswegs bei Verfolgung der Ansprüche des Königs Georg aus dem Vertrag vom 29. Sept. 1867, eingebracht.

Der Referent, v. Brünne & Jacobson, eröffnet die Verhandlung mit einem Hinweis auf den Bericht. Die Staatsregierung habe über ihre Stellung zur Sache, für den Fall, daß die Hiesiger Agitationen fortbauern sollten, von Anfang an keinen Zweifel besetzen lassen, und in der jetzt ergriffenen Maßnahme habe sie nur ihre Schuldigkeit dem Lande gegenüber erfüllt. Die Hiesiger Agitation, welche so weit herabgekommen sei, daß sie mit dem Ausland buhle, sei in ihrem Endzweck nur Verrath an Preußen, an Deutschland und den Interessen des deutschen Volkes. Kasse der Vertrag mit dem König Georg auch Vieles zu wünschen, sei dem König Georg auch mehr bewilligt worden, als er jemals begehrt, sei ihm gegenüber in Bezug auf die hannoverschen Domänen auf Kosten der preussischen Landesinteressen auch zu weit gegangen, so wolle die Kommission Denjenigen doch nicht zustimmen, welche, weil der König Georg den Vertrag nicht erfüllt, verlangen, daß nun auch Preußen sich von dem Vertrage lossagen solle. Von der doreinstigen Wiederaufhebung der Beschlagnahme könne nach diesen Seiten hin ja noch Manches modifizirt werden. Die Kommission erlaube das Haus, den Beschläffen des andern Hauses mit überwältigender Majorität zuzustimmen.

Graf Ritterberg geht auf die Ereignisse von 1866 und auf die feindselige Gesinnung des Königs Georg gegen Preußen zurück. Preußen, die Vormacht Deutschlands, habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt, so zu handeln, wie es gethan. In den Hiesiger Agitationen, in der Weltenlegion zeige sich die feindselige Gesinnung des Königs Georg wiederum. Da sei Abweh, Nothwehr geboten. Redner tritt dann der Anschauung entgegen, daß der Vertrag nur ein privatrechtlicher und kein Staatsvertrag sei. Ganz unbedingt liege hier ein Staatsvertrag vor.

Der Ministerpräsident behält sich Näheres vor und will sich für jetzt nur darüber äußern, daß die Vorlage mit dem Defizit überhaupt in gar keiner Verbindung stehe, und daß, was die Rechte der Agnaten betreffe, diese durch die gegenwärtige Maßregel gar nicht berührt würden. Die königl. Staatsregierung habe noch jüngst Gelegenheit gehabt, sich darüber amtlich auszusprechen.

Rasch (Stadtdirektor von Hannover) ist gegen die Vorlage und

beruft sich auf die in dem Kommissionsbericht angedeuteten Ausführungen eines dissentirenden Mitgliedes der Kommission.

v. Below ist für die Anträge der Kommission. Von einem privatrechtlichen Vertrag könne nicht die Rede sein. Die Domänen seien nach deutschem Staatsrecht stets mit der Krone, nicht mit der Person des Fürsten verbunden. Der König Georg habe allerdings nicht auf seine Souveränität, aber doch auf die Ausübung derselben verzichtet. Seinem Streben, das Ausland herbeizurufen, müsse in der entschiedensten Weise begegnet werden; die Zeiten, wo das Ausland seine Schladstern auf deutschem Boden schlug, müßten vorüber sein.

Graf Müller (Hannoveraner) ist der Ueberzeugung, daß das durch den Vertrag ausgelegte Vermögen Privatvermögen geworden sei. Habe der König Georg den Vertrag nicht gehalten, so könne man sich ebenfalls von dem Vertrag lossagen, und es müsse dem König dann auch das zurückgegeben werden, was er ausgeliefert. Das Treiben des Königs, die Angelegenheit mit der Weltenlegion verabscheue er, aber man dürfe Vertrauen haben zu dem nationalen Geist, der solche Bestrebungen nicht aufkommen lassen werde. Handelte es sich hier um eine Verwaltungsmaßregel, so wäre es gut; einem Gesetz aber, das die Unterschrift des Justizministers trage, könne er hier nicht zustimmen.

Der Ministerpräsident: Der Vertrag ist von mir, als dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, kontrahirt. Privatverträge des Königs zu kontrahiren, ist meines Amtes nicht. Der Vertrag ist ganz unzweifelhaft ein Staatsvertrag, und in diesem Sinne ist die Angelegenheit auch von der andern Seite betrachtet worden. Wir waren dem König Georg nicht schuldig; was wir gleichwohl gethan haben, ist, ich darf es sagen, beispiellos in der Geschichte. Oder wann ist es wohl noch vorgekommen, daß ein entthronter Fürst finanziell so gestellt wurde, wie wir den König Georg in dem Vertrag stellten? Was haben die Stuart's in England, was die Bourbon's in Italien, Frankreich und anderswo erhalten? Und nun soll das, was wir so großmüthig bewilligt haben, vollends auch noch zu Agitationen gegen uns benützt werden! Was würde man in Spanien dazu sagen, wenn die dortige Regierung der Königin Isabella Stimmen ausbändigte, damit dieselbe Machinationen gegen Spanien spinieren könne? Ich begreife in der That die stiltliche Entrüstung nicht, welche sich über unser jetziges Verfahren von gewisser Seite geltend machen will. Ist es denn möglich, daß so mit Erfolg gelogen werden kann, daß man sich schon heute, nach drei Jahren, der damaligen Vorgänge nicht mehr erinnert? Nach den Schilderungen, die man heute hört, sollte man meinen, daß Preußen damals über seinen Nachbar wie der Wolf über ein Lamm hergefallen sei. Hannover hatte früher gerüstet als Preußen; es hatte mit Sachsen bereits im März gerüstet, und auf unsere Anfrage wurde uns die höhnische Antwort: Aus Rücksicht auf die Ernte wolle man in diesem Jahr die Herbstmanöver bereits im Frühjahr stattfinden lassen. (Heiterkeit.) Später wollten wir Hannover volle Unabhängigkeit garantiren, und wir verlangten nur Neutralität; aber man hatte in Hannover ein solches Vertrauen, zum Sieg, daß man für alles Andere eben blind geworden war. Wir hatten dieses Vertrauen, was uns betrifft, nicht. Aus den Enthüllungen über die damaligen Vorgänge, namentlich aus den in Italien erschienenen, scheint es als wahrscheinlich hervorzugehen, daß Oesterreich schon vor dem Krieg bereit war, Venetien abzutreten, und daß es sich nur noch um die Frage der Entschädigung handelte. Ich glaube nicht, daß es, wenn wir besiegt worden wären, bei Schlestien allein geblieben wäre; es würden wohl auch die niederländischen Landestheile auf der linken Seite der Elbe und vielleicht auch noch verschiedene Andere mit dem Kaiserreich vereinigt worden sein. Man war des Sieges, der Uebermacht gewiß und glaubte, das Neg nur so über uns werfen zu können. Und so folgte denn der bundesbrüchige Beschluß vom 14. Juni; es war darauf abgesehen, uns klein zu machen und so auf den Standpunkt des Frankfurter Fürstentongresses bringen zu können, dem wir bisher nur ein einfaches Nein entgegenzusetzen brauchten, um die Sache unmöglich zu machen. Ich habe der deutschen Politik länger nahe gestanden als ein Anderer; ich weiß, was man wollte. Man bedauerte es, daß man zur Zeit der Dmister Periode die Schwarzenberg'sche Politik nicht ganz durchgeführt hatte, und man wollte das Betreffende nun nachholen. Man irte sich aber, Gott sei Dank. Man sah auf die Biffer der Bundesarmee, kannte aber ihre Organisation nicht so gut, wie wir sie kannten. Nachdem man uns das Schwert auf diese Weise in die Hand und uns zum Krieg gezwungen hatte, war es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß uns keine hannoversche Armee und keine hannoversche Regierung fernherin mehr im Rücken stehen könne. Ich habe dem König Georg oft genug gesagt, daß es für Hannover nur eine Politik gebe, die des Anschlusses an Preußen. Wie hätte Preußen sich an seinem Allirten vergreifen können, der mit ihm seine Siege aus dem siebenjährigen Kriege so eben erst erneuert hätte? Die hannoversche Regierung war aber nun einmal ganz verblendet. Nachdem die Dinge nun in der bekannten Weise gekommen waren, wollten wir dem alten Fürstenhaus doch wenigstens noch in materieller Beziehung eine würdige Stellung geben; wir dachten, daß der König Georg, unter Beibehaltung des Titels, den er jetzt führt, als Herzog von Cumberland eine seinem Rang entsprechende Stellung einnehmen solle. Vor Jahresfrist hat die Staatsregierung von diesem und dem andern Hause die Mittel dazu verlangt. Obgleich zu dieser Zeit die bekannten Vorgänge bei der silbernen Hochzeit in Hiesing und andere ähnliche Agitationen spielten, so wollte die Staatsregierung doch Alles perfekt machen, um zu zeigen, daß sie mit offener Absicht und Redlichkeit zu Werk ging; wir wollten uns damit aber eben auch den Boden schaffen, um, wenn man unser Vertrauen etwa täuschen wollte, allen Schäden abzuwenden zu können. Daß Sie uns jetzt darin unterstützen werden, ist der Staatsregierung nicht zweifelhaft. (Bravo!)



v. Senfft-Bilsack spricht für die Vorlage und der Graf zur Lippe empfiehlt sein Amendement, zieht dasselbe jedoch, nach einer Entgegnung des Referenten, wieder zurück, worauf das Haus der Vorlage mit großer Majorität, fast einstimmig, die Genehmigung erteilt.

Es erfolgt nunmehr die Vorlage wegen der Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen. Nach einigen einleitenden Worten des Referenten, v. Meding, erbitte sich das Wort

Der Ministerpräsident: Es wird behauptet, daß das Verfahren gegen den Kurfürsten, im Vergleich zu dem gegen den König Georg, ein zu strenges sei. Ich kann diese Ansicht nicht theilen. Es liegt keine Konfiskation, sondern nur eine Beschlagnahme seines Vermögens vor, die jederzeit wieder zurückgenommen werden kann, sobald der Kurfürst der königl. Regierung die nötigen Garantien für sein ferneres Verhalten gibt. In der Sache selbst liegt auch kein Unterschied vor: beide haben sich losgesagt; von dem mit uns abgeschlossenen Vertrag, der Kurfürst durch sein Manifest, über welches der Bericht des andern Hauses ausführliche Mittheilungen enthält. Dieses, von Beleidigungen und Schmähungen strotzende Manifest hatte ich Sr. Maj. dem König, nicht etwa privatim, sondern amtlich vorzulegen. Der Kurfürst ist also mit der Agitation verbunden, die den Frieden Europa's, den Frieden Deutschlands föhren will; es ist also die Pflicht der Regierung, auch dem Kurfürsten gegenüber so zu handeln, wie geschieht. In der Presse werden die Thatfachen ganz und gar entstellt. Es ist ein Verbrechen, zwei große Nationen im Herzen Europa's, die kein anderes Interesse haben, als in Frieden neben einander zu leben, in einen Krieg zu treiben. Die Lügen, deren diese Agitation sich bedient, sind beispiellos. In französischen Blättern werden die Dinge so dargestellt, als ob Deutschland seine gewonnene Stellung nur dazu benutzen wollte, um Frankreich anzugreifen. In Deutschland laßt man darüber, aber das französische Volk wird, als eine kriegerische und ehrliebende Nation, dadurch aufgehetzt. Die Leichtgläubigkeit, mit welcher dergleichen Erfindungen aufgenommen werden, muß in Ersauern setzen. Da ist die Nachricht von einem Familienconcil des königl. Hauses, welches, in Erwartung einer kriegerischen Eventualität, stattgefunden hätte, obgleich ein solches Institut in der königl. Familie gar nicht existirt — von militärischen Konferenzen, die stattgefunden haben sollen, von denen aber Niemand etwas weiß — von einer Rastung des Glacis von Mainz, obgleich da nur einige Sträucher, die im Wege standen, beseitigt wurden — von einer Aufforderung an die süddeutschen Staaten, ihre Armeen zum Frühjahr bereit zu halten, wovon wieder kein Mensch etwas weiß — von preussischen Umtrieben in Rumänien u. s. w. sind alle diese Nachrichten ohne Bedeutung; sie erlangen aber eine Bedeutung durch die Telegraphie. Da hat die Agitation überall ihre Agenten, fluge wird die Nachricht in 4 bis 5 Sprachen in die Welt telegraphirt, und wenn die Leute nun eine solche Nachricht als Telegramm lesen, so meinen sie natürlich, daß auch etwas daran sein müsse. Vor dem Mißbrauch der Telegraphie sind die wenigsten Leute noch auf der Hut. So wird nun die öffentliche Meinung in Frankreich und in Deutschland täglich bearbeitet. Es liegt im Interesse beider Länder, daß für ein solches Treiben die Mittel verstopft, abgeschnitten werden. Kommt es doch sogar vor, daß selbst Deutsche in der ausländischen Presse gegen uns heken. Man macht mir oft den Vorwurf, daß ich solchen Dingen gegenüber die diplomatische Ruhe nicht genug bewahre; nun, meine Herren, wer solche Niederträchtigkeiten ertragen kann, der muß eben ein anders organisiertes Nationalgefühl haben, als ich! (Lebhaftes Bravo!)

v. Riedesel ist, wegen des Zusages des andern Hauses, daß es zur Wiederaufhebung der Beschlagnahme eines Gesetzes bedürfen sollte, gegen die Vorlage.

Der Referent tritt dieser Anschauung mit einigen Worten entgegen, worauf die Annahme der Vorlage fast mit Einstimmigkeit erfolgt. — Schluß der Sitzung.

**Berlin, 15. Febr.** Der Ministerpräsident Graf Bis-marck erklärte in der letzten Sitzung des Herrenhauses sehr bestimmt, daß die Lage Europa's ihm betreffs aller Großmächte jetzt als eine durchaus friedliche erscheine. Die „Kreuz-Ztg.“ glaubt dies besonders hervorheben zu müssen. Dasselbe Blatt bespricht die gefrige Frankfurter Volksversammlung und hofft trotz des in derselben gefassten Beschlusses auf einen befristenden Abschluß der Verhandlungen zwischen der Stadt Frankfurt und dem Staate. Der König hatte Sonntag Abend und heute Mittag mit dem Oberpräsidenten v. Möller von Kassel lange Unterredungen. Hr. v. Möller kehrt heute nach Kassel zurück.

**Berlin, 15. Febr.** Heute ist der norddeutsche Bundesrath hier wieder zusammengetreten. Bekanntlich bildet derselbe aus seiner Mitte 7 dauernde Ausschüsse. Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse ist für jede Sitzung des Bundesraths, bezw. mit jedem Jahr, zu erneuern, wobei die auscheidenden Mitglieder wieder wählbar sind. Die Mitglieder von fünf Ausschüssen werden vom Bundesrath gewählt, diejenigen von zwei derselben aber vom Bundesfeldherrn ernannt. Diese Ernennungen haben bereits stattgefunden. In dem Ausschuss für das Landheer und die Festungen sind vertreten: Preußen durch den Kriegsminister General der Infanterie v. Roon und den Generalleutnant v. Bobbielski; das Königreich Sachsen durch den Obersten v. Brandenstein; das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin durch den Staatsminister v. Bülow; das Herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha durch den Staatsminister v. Seebach; das Herzogthum Anhalt durch den Regierungsrath Sinteris. Zu Mitgliedern des Ausschusses für das Seewesen hat der Bundesfeldherr ernannt: für Preußen den Viceadmiral Jachmann; für Mecklenburg-Schwerin den Staatsminister v. Bülow; für Bremen den Senator Silbemeister. Vor Allem bemerkenswerth ist es bei diesen Ernennungen, daß nunmehr auch der Kriegsminister v. Roon zu den Mitgliedern des Bundesraths gehört. Er führt in dem Ausschuss für Landheer und Festungen den Vorsitz. Seine bisherige Stellung außerhalb des Bundesorganismus hatte bei seinem Beruf als Kriegsminister des Bundesfeldherrn manche Unzuträglichkeiten im Gefolge.

Unter den Vorlagen für den Norddeutschen Bundesrath und den Reichstag wird sich auch der Entwurf eines definitiven Reichstags-Wahlgesetzes befinden. Nach Artikel 20 der Bundesverfassung gilt bis zum Erlaß eines förmlichen Reichswahlgesetzes provisorisch das Gesetz, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist. Ein

definitives Wahlgesetz erweist sich schon deshalb als nothwendig, weil in den einzelnen Bundesstaaten die Reichstagswahlen auf nicht ganz gleiche Weise vollzogen werden.

Dem Bundesrath ist u. A. auch der mit Schweden abgeschlossene Postvertrag vorgelegt worden. Dieser Vertrag umfaßt einerseits außer dem Gebiete des Norddeutschen Bundes auch das ganze Großherzogthum Hessen, andererseits Schweden mit Ausschluß seiner Kolonien; das Porto für den frankirten einfachen Brief beträgt bei der Aufgabe im Norddeutschen Gebiete 3 Sgr., bei der Aufgabe in Schweden 27 Dern. Der einfache Brief wird bis zum Gewicht von 15 Grammen gerechnet. Jede weitere 15 Gramme, bez. Theile davon bis zum Maximalgewicht von 250 Grammen kosten wieder 3 Sgr. oder 27 Dern. Für unfrankirte einfache Briefe werden 5 Sgr. bez. 45 Dern. an Porto erhoben. Drucksachen und Waarenproben kosten bis zum Gewicht von 40 Grammen 1 Sgr. oder 9 Dern. Porto. Für rekommandirte Briefe sind 2 Sgr. oder 18 Dern. Ertragsgebühr zu bezahlen.

Die Verhandlungen mit der Frankfurter Deputation über die Vermögensauseinanderlegung haben dadurch eine Störung erfahren, daß die Deputation ohne förmliche Vollmacht hieher gekommen ist. Um dieselbe zu beschaffen, hat sich der Oberbürgermeister Mumm wieder nach Frankfurt begeben. Der Oberpräsident v. Möller wurde heute Mittag abermals vom König empfangen.

#### Österreichische Monarchie.

**Wien, 15. Febr. (N. Fr. Pr.)** Der ungarische Finanzminister, Hr. v. Louvay, ist in Wien und verhandelt hier seit zwei Tagen mit den Finanzministern Baron Becke und Hr. Breitel, um dem Letzteren die Verwaltung der gemeinsamen Staatsschuld zu übertragen.

**Ugram, 14. Febr.** Der kroatische Landtag wurde für den 1. März 1869 einberufen.

#### Schweiz.

**Bern, 15. Febr.** Laut offizieller Mittheilung werden die Unterhandlungen über den schweizerisch-deutschen Handelsvertrag im nächsten Monat in Berlin wieder aufgenommen werden.

#### Frankreich.

**Paris, 15. Febr.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 15. Febr.

In der heutigen Sitzung brachte, nach Annahme zweier Gesetzesvorlagen von lokalem Charakter, Hr. Pagan folgende Interpellationsgeduld in Vorschlag: „Ueber die Art, wie die Regierung die Art. 8, 9 und 10 des Gesetzes von 1867 in ihren auf die Festsetzung eines allgemeinen Oligotritaris bezüglichen Bestimmungen angewendet wissen will; ob nämlich das allgemeine Maximum der Taxen, welches die Municipalitäten unter Zustimmung der Präfekten votiren dürfen, alljährlich normirt oder den von dem Art. 18 des Gesetzes vom 18. Juli 1837 gemäß bestimmt werden sollte.“ Dieser Interpellation folgt noch ein Interpellationsgeduld von Hr. Maurice Richard über die bestimmte Kirchhofsfrage, und schließlich wird die Diskussion über das außerordentl. Budget der Stadt Paris auf Montag den 22. Febr. festgesetzt.

**Paris, 15. Febr.** Der „Constitutionnel“ ist heute seinem Triumphes voll über die Gegner und Verkleinerer der Konjunktur. Sein langes Siegeslied schließt mit folgenden Sätzen:

Was es nicht schon ein großer und heilsamer Gedanke, sich an jene ausschließlich moralischen Mächte zu wenden, selbst wenn dieser Gedanke bestimmt gewesen wäre, an der Leidenschaft der Menschen zu scheitern? Was bleibt als letztes Bollwerk den systematischen Gegnern der Konjunktur übrig? Nichts als das alte und ewige Argument: „Es ist nur ein Aufschub, keine Lösung; der türkisch-griechische Konflikt, der heute eingeschläfert ist, wird morgen ausbrechen.“ Wir können diese Art zu rationalisiren; man hat sie auf die römischen Angelegenheiten und anderwärts angewandt und man wendet sie seit fast zwei Jahren auf unsere Beziehungen mit Preußen an. Es ist deshalb nicht weniger wahr, daß Zeit gewinnen schließlich sich als die beste Politik erwiesen hat. Man hat blutige Kämpfe vermieden, Kämpfe, die vielleicht mehr Fragen aufgerollt als gelöst haben würden. Die Zukunft steht offen; wenn sie Schlimmes bringen kann, so bietet sie hingegen auch günstige Möglichkeiten.

Graf Balawski ist diesen Morgen um 11 Uhr in Marseille angekommen.

Auf die Kunde vom Tode Fud-Bascha's hatte der Kaiser befohlen, daß ein Aviso der Kaiserl. Marine sich nach Nizza begeben, um die sterblichen Reste dieses Staatsmannes aufzunehmen. Sobald der Sultan dies erfahren hatte, sprach er auf telegraphischem Wege dem Kaiser seinen Dank aus und gab dem türkischen Schiffe, das nach Nizza beordert war, Gegenbefehl. Das gesamte Personal der ottomanischen Gesandtschaft geht diesen Abend nach Nizza ab, mit Ausnahme des Gesandten selbst, der in Voraussicht einer nahe bevorstehenden Sitzung der Konferenz in Paris bleibt.

Der „France“ zufolge wird Hr. Mozaga Donnerstag wieder in Paris sein.

So eben meldet uns ein Telegramm aus Rom, daß Hr. v. Banneville heute in feierlicher Audienz dem Papsi seine Akkreditive überreicht hat.

Aus Besancon wird von gestern Abend telegraphisch gemeldet: Diesen Morgen um 5 Uhr ist im Zuge 205, der von Dijon nach Belfort geht, ein Zahlmeister der Kompagnie, der sich allein in einem Wagen zweiter Klasse befand, plötzlich als der Zug von Dannemarie abging, von zwei Individuen angegriffen worden, die durch die Thür rechts eindringen und die den Zahlmeister aus dem Wagen warfen, um sich der Summe von 28,000 Fr. die er bei sich führte, zu bemächtigen. Der Zahlmeister, Hr. Marielle, ist verwundet. — Rente 71.30, Cred. mob. 287.50, ital. Anl. 57.40.

**Paris, 15. Febr., Abends.** Das „Journ. officiel“ sagt, Graf Balawski werde morgen Abend in Paris erwartet. — Auf dem Boulevard ist Rente auf 71.20 gewichen. Das Angebot ist vorherrschend und es herrscht eine gewisse Aufregung, veranlaßt durch die von den Zeitungen gebrachten Artikel über Preußen und Belgien.

#### Spanien.

\* Aus Madrid, 13. Febr., schreibt man uns Folgendes:

Die Republikaner bemühen sich, eine komplette Veränderung in den gouvernementalen Sphären hervorzubringen; sie hoffen, daß ihre Partei im Ministerium wie in der Provinzialverwaltung vertreten sein wird. Indes scheint es nicht, daß sie diesmal bereits ein Ministerportfeuille oder eine Provinzialgouverneurstelle erlangen werden; allein die 63 Stimmen, die sie in der Kammer besitzen, sind bedeutend genug, um zu verhindern, daß die Revolution nicht aus ihrer naturgemäßen Bahn lenke. Die Presse im Allgemeinen (mit Ausnahme der legitimistischen und republikanischen) lobt die Rede des Marschalls Serrano, welche als ein Aufruf zur Einigung aller angesehen wird, Einigung, deren Spanien höchst nöthig bedarf, um aus dem Gletsch herauszukommen, in die es die Zirkümer eines halben Jahrhunderts geworfen haben. Unser Finanzminister hat seinen Freunden erklärt, daß dies Jahr das Defizit 900 Mill. Reales betragen wird und daß man 2 Jahre vom Kredit leben muß. Spanien kann sich nur auf eine Weise heben, durch Ersparnisse. Die Kammer wird sie fordern; leider kann sie den Armeebestand nicht verringern, da die bedeutende Insurrektion in Cuba neue Geld- und Menschenopfer erheischt. Andererseits regen sich die extremen Parteien gewaltig, so daß die Besorgniß vor einem Bürgerkrieg noch nicht geschwunden ist. — Der Marschall Prim hat bei den Offizieren auf Halbsohl anfragen lassen, ob sie nach Cuba gehen wollen. Sie haben diese Anfrage enthusiastisch aufgenommen. Es bereitet sich eine neue Truppenabteilung nach der Havana vor, um den Forderungen Dulce's zu genügen. Bilbao, Santander und Barcelona haben Geld und Menschen angeboten. Alle Parteien sind darüber einig, die cubanische Frage als die Nationallehre Spaniens betrachend zu betrachten. Sie sehen, wenn auch der Schatz leer ist, der Muth fehlt nicht, und Spanien ist zu den größten Opfern entschlossen, um die Völkerrückbildung Cuba's zu verhindern. — Rechnen Sie mit Bestimmtheit darauf, daß der Kampf in den Cortes in Bezug auf die Akte der provisorischen Regierung sehr lebhaft sein wird. Die Bewachung der Cortes wird nicht der bewaffneten Macht, sondern einfach der Polizei überlassen werden. — Noch nichts Entscheidendes über die Thronkandidatur.

\* Madrid, 15. Febr. Der „Madrid. Ztg.“ zufolge ist der Befehl gegeben worden, mit der größten Raschheit die neue Expedition für Cuba zu organisiren. Dieselbe würde aus 6000 Mann bestehen.

#### Griechenland.

**Athen, 13. Febr.** Die danotischen Flüchtlinge richteten an die Gesandten in Athen die Bitte, ihnen Schiffe zu verschaffen, um nach Kandia heimzukehren.

#### Großbritannien.

**London, 15. Febr.** Die „Times“ bringt einen Artikel, worin sie den Minister der auswärtigen Angelegenheiten auffordert, eine Verständigung mit Rußland in der asiatischen Frage anzustreben.

#### Amerika.

\* Es geht uns ein ungemein lauges, fast sechs Spalten einnehmendes Rundschreiben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Paragway, Hr. Luis Caminos, an die Regierungen der besrenzten Staaten zu, worin von dem Krieg, besonders aber von der in Assumption entdeckten Verschwörung, in die der nordamerikanische Gesandte, Hr. Washburn, verwickelt war, die Rede ist. Es wird in dem Schriftstück nachgewiesen, daß Hr. Washburn es war, der diese Verschwörung angezettelt hatte. Es wird behauptet, daß ohne diese Verschwörung schon längst der Krieg beendet sein würde, da nach der Niederlage von Curupaity dem Feinde aller Muth gesunken war, und er, des Landes unkundig und mit den Positionen des Gegners gänzlich unbekannt, den Krieg nicht hätte fortsetzen können. Nur die Verrätheri Washburn's habe es für die Verbündeten möglich gemacht, den Krieg weiter fortzusetzen.

#### Vermischte Nachrichten.

\* Darmstadt, 15. Febr. Bei der heutigen Ziehung der hiesigen 25-Gulden-Loose wurden folgende Nummern mit Hauptpreisen gezogen: Nr. 57,350 mit 20,000 fl., Nr. 12,503 mit 4000 fl., Nr. 13,218 mit 2000 fl., Nr. 44,183 mit 1000 fl., Nr. 68,336 und 1555 mit je 400 fl.

— Die „Edin. Ztg.“ reproduirt ein Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Paris, Mr. Darbois, worin dieser wegen verschiedener auf unbeschränkte Autonomie abzwackender Kundgebungen scharfe Verweise erhält.

— Schwerin, 15. Febr. Die beiden Gewerkschaften der hiesigen Zimmer- und Maurergesellen haben in Veranlassung des Rothgewerbesetzes durch ihren Vorstand dem Ministerium des Innern einen gleichlautenden Antrag übergeben, welcher mit der Erklärung schließt: „daß sie die in der Zimmeramtrolle für den Schwärmer Kunstbezirk enthaltenen Bestimmungen, Vorschriften und Gesetzesparagrafen, insofern sie das Gesellenverhältniß sowohl zum Amtspatron, Amtsvorstand, zu den Meistern, wie ihre speziellen Befreiungs- und sonstigen Kassenverhältnisse, ihre Arbeitszeit und Lohnpreise u. dergleichen, foran nicht mehr als für sie rechtsverbindlich und für sie normirend anerkennen können und wollen, sich also von denselben lossagen und hierbei die Erklärung zufügen, daß sie in Gemäßheit des Bundesgesetzes vom 8. Juli v. J. sich foran als freie Arbeiter und Gewerbetreibende betrachten und als solche nunmehr ihre Lohn- wie übrigen Verhältnisse zu den Arbeitgebern nach ihrem freiesten Ermessen regeln wollen, wie sie denn auch ihre gesammten Kassen künftig ohne Konkurrenz des Amtspatrons, Amtsvorstandes oder der Ladenmeister verwalten werden.“

— Königsberg i. Pr., 12. Febr. Das 250jährige Stiftungsfest des hier garnisonirenden 1. Ostpreussischen Grenadierregiments Nr. 1 (Kronprinz) soll in den Tagen am 2., 3. und 4. Juli hieselbst gefeiert werden.

— Ueber eine seltene Geburt in Schiwenen geht der „Danz. Ztg.“ von dem Sanitätsrath Dr. Preuß in Dirschau folgende Beschreibung zu: „Ich wurde am 1. Febr. nach Schiwenen gerufen, um dort ein Gutachten über ein am Tage zuvor von einer jungen Hirtin unter dem Beistand einer Hebamme gebornes Kind abzugeben. Es war



ein übrigens kräftiges und gesundes Mädchen, auf dessen untern Kreuzbeinende sich eine Geschwulst in Größe zweier Fäuste befand. Man bemerkte an derselben deutlich kräftige Bewegungen und im Innern fühlte ich die Theile eines Fötus, der seiner Größe nach in gewöhnlichen Fällen auf fünfmonatlich geschätzt werden würde. Es lag offenbar eine Doppelbildung vor. So weit gebet der Fall zu den seltenen, konnte aber nicht als neu angesehen werden. (Im Folgenden verweist Dr. Preuß auf die von Roskowsky in seiner pathologischen Anatomie S. 62 aufgeführten 3 Arten von Doppelbildung durch Einsparung. Der vorliegende Fall sei ein eryptodidymus, sog. foetus in foetu.) Neu — und in der Literatur so weit es mir bekannt ist nicht vermerkt — ist es, daß nicht nur das ausgetragene Kind heute lebt, sondern auch der Fötus sich seit 11 Tagen nach der Geburt weiter entwickelt und an Größe merklich zugenommen hat, und daß die Bewegungen in der Geschwulst sich gesteigert haben und gegenwärtig sehr kräftig sind. Die Geschwulst ist jetzt 4 1/2 Zoll lang, 3 1/2 Zoll breit und hoch, birnförmig, der Kopf liegt links unten, der Stiel rechts oben. Die Verbindungsstelle hat einen Umfang von 8 1/2 Zoll. Weitere Mittheilungen über den Verlauf des Falles bleiben vorbehalten.

— Amtlichen Nachrichten zufolge betrug 1864 die Zahl der Volksschulen in Italien 31,804 mit 1,178,743 Schülern und Schülerinnen, 1866 31,417 mit 1,217,870 Schülern. Italien zählt aber im Ganzen 7,750,000 Kinder bis zu 14 Jahren, von denen mindestens 3 Millionen die Elementarschulen besuchen sollten. Im Vergleich mit anderen Ländern kommt in Italien ein Schüler auf 18 Bewohner, in Frankreich und Belgien 1 auf 9, in Preußen 1 auf 6, in den Niederlanden 1 auf 8, in Spanien 1 auf 13 — so daß Italien in dieser Beziehung selbst hinter Spanien zurücksteht.

— Paris, 13. Febr. (Köln. Zig.) Es sollen jetzt Goldstücke im Werthe von 25 Franken geschlagen werden. Dieselben erhalten den Namen „Empereur“. Die 20-Frankenstücke sollen später ganz aus der Zirkulation verschwinden. Man will auf diese Weise die Bezeichnung Louisdor, die so sehr an die Vergangenheit erinnert, beseitigen.

— Moskau, (N. Bl.) Der Festsaal am 11. Jahrestag der Stiftung der Moskauer Universität wurde am 12. (24.) Januar in der üblichen feierlichen Weise begangen. Zu Ehrenmitgliedern sind erwählt worden: der Moskauer Metropolit Innocent; der General-Feldmarschall Fürst Barjatinski; der Domänenminister Generaladjutant Selessky; der Moskauer Generalgouverneur Fürst Dolgoroukow; Fürst W. A. Tschernomirski; J. F. Samarin; der Professor emer. der Theologie Erzpriester B. M. Kermowicki; Frhr. Julius v. Liebig; Robert v. Mohl; Leuchart, Professor und Rektor der Universität in Gießen; Raub, Professor der politischen Oekonomie in Heidelberg; Professor Regnaud in Paris; Ehrenberg und Virchow, Professoren der medizinischen Fakultät der Berliner Universität, und Burghj, Professor an der Prager Universität.

— London, 15. Febr. Die amtliche „London. Zig.“ bringt neben der Mittheilung, daß die Königin am 5. März eine Cour, und am 10. einen Damenempfang (Drawing-Room) im Buckingham-Palace und Prinz Arthur an ihrer Statt Solides am 12. und 19. März im St. James's-Palace abhalten werde, die gewöhnlichen ausführlichen Verordnungen des Lord-Ober-Kammerers für diejenigen, welche bei diesen Gelegenheiten vorgestellt zu werden wünschen. Unter den Vorschriften über das Kostüm erscheinen diesmal zwei neue Paragraphen, die wie der Uebergang zu einer neuen Zeit erscheinen. Die alte Hoftracht nämlich, welche bisher von allen Personen getragen werden mußte, welche nicht in Uniform erschienen, kamte noch aus dem vorigen Jahrhundert her und ließ besonders solche Herren, welche nicht mit besonders schönen Formen von der Natur begünstigt waren, in sehr komischen Lichte erscheinen. Die Tyrannen dieser alterthümlichen Kleidungsstücke hat nunmehr ein Ende erreicht, und wer nicht für dieselben eine besondere Vorliebe hat, kann in dunkelfarbigen Frack mit einer Reihe vergoldeter Knöpfe und Goldstickerei am Stehragen, Aermel- und Taschenaufschlägen erscheinen. Dazu ist eine weiße Halsbinde, weiße krausenlose Weste, dunkle Hosen von der Farbe des Rockes mit schmalen Goldstreifen und der gewöhnliche Ziviluniform mit Goldknöpfen, sowie der gleiche Degen vorgeschrieben. Statt dieser Tracht kann auch Frack, Weste und Hosen in gleichem Schnitt von schwarzem Seidenstoff mit einfachen oder auch vergoldeten oder Stahlknöpfen getragen werden. Hierbei ist der Hut natürlich auch ohne Goldschmuck, und ist es dem Belieben der Vorzusehenden anheimzugeben, ob sie nicht statt der sammetnen, eine weiße Weste tragen wollen.

### Badische Chronik.

Karlsruhe, 16. Febr. Durch Allerhöchsten Befehl vom 5. d. M. (mitgetheilt in der heute erschienenen Nr. 5 des „Milit.-Verord.-Bl.“) wird die Errichtung eines Train-Depots in Gerlachshausen angeordnet. Dasselbe wird der Zeughaus-Direktion unterstellt.

— Karlsruhe, 15. Febr. Gestern Abend wurde der Fuhrknecht Wendelin Walter von Sinshelm, z. Z. im Dienst auf der Appenmühle bei Darlanden, mit einer schweren Kopfwunde verunglückt in seinem Bett im Stall liegend angetroffen. Die eingeleitete Untersuchung wird herausstellen, ob ein Unzulässigfall oder aber ein Verbrechen vorliegt. Bis jetzt ist etwas Weiteres noch nicht bekannt geworden.

— Der „Bad. Beobachter“ stellt die auch von uns nach der „Bad. Landeszig.“ gebrachte Nachricht, „Hr. Erzbischofs-Verweser Kibel sei zum apostolischen Vikar ernannt worden und in dieser Eigenschaft alsbald die Pfarrbesetzungs-Vereinbarung vom Jahr 1861 kündigen und alle Pfarreien von sich aus befehlen“, förmlich und feierlich in Abrede. — Nachdem schon vom „Freiburger Boten“ gegen die Mehrheit des Domkapitels eine Sprache geführt worden, welche auf die Absicht der Minderheit schließen lassen mußte, einen offenen Bruch herbeizuführen, bringt der „Pfälzer Bote“ heute eine Notiz, welche dies im vollen Umfang bestätigt. Er schreibt nämlich mit fetten Lettern: „Wir haben von Rom sichere Nachricht, daß die 4 Herren im Domkapitel heute schon in der Lage sind, zu erkennen, was der heilige Stuhl von ihrem Schritte, zu dem sie sich im Sinne der Regierung verhalten lassen, hält!“ Hiernach scheint es, daß wir uns mit Nachdruck auf ein ganz neues Schauspiel gefaßt machen dürfen. Bisher ist es von den ultramontanen Blättern stets als die ärgste Verunglimpfung der katholischen Kirche erklärt worden, wenn man von Parteien innerhalb derselben spreche und den Ultramontanismus als eine bloße, der Kirche nicht wesentliche Richtung innerhalb derselben bezeichne. Und jetzt sehen wir die Mehrheit eines Domkapitels von den Blättern der extremen Minderheit, welche eben aus den notori-

schen Vorkessern des Ultramontanismus besteht, fast unverblümt des Abfalls und der Ketzerei beschuldigen!

— Bei Mühlacker ist eine Heerde Schafe, 250 Stück, entführt worden. Der Entführer soll der Schafknecht sein; man ist ihm und der Heerde noch nicht auf der Spur.

Heidelberg, 15. Febr. (Heidelb. Zig.) Gestern Vormittag fand durch eine Deputation des Gemeinderaths und Ausschusses, an deren Spitze die beiden Hh. Bürgermeister, die offizielle Ueberreichung der Diplome statt, wonach den Hh. Geh. Rath Dr. Helmholz und Hofrath Dr. Friedrich das Ehrenbürgerrecht unserer Stadt verliehen wurde.

— Zu Ostersheim, Amt Schwellingen, kam es am Fastnachts-sonntage bei der Tanzmusik zu einer bedauerlichen Schlägerei zwischen Militär- und Zivilpersonen. Der Streit scheint seinen Ursprung darin gehabt zu haben, daß der Besuch ein schlechter war und daher die anspielenden Mitglieder der Regimentsmusik lange Pausen machten. Während einer solchen ging der Wärrn zwischen einem Bauernburschen und einem Trompeter los; die anwesenden Militärpersonen — es waren deren außer den Musikern noch einige auf dem Plage — zogen alsbald blank und vertrieben das Publikum aus dem Saale. Hierbei blieb es aber nicht, vielmehr wurde im Hause eine wahrhaft vandalische Verwüstung angerichtet, und ist es, wie vermerkt wird, auch noch gegen verschiedene harmlose Personen zu Gewaltthatigkeiten gekommen. Der Bürgermeister hatte gleich beim Beginn des Streits einen Boten nach Schwellingen an's Amt geschickt; dieser verstand jedoch den erhaltenen Auftrag falsch und requirirte auf der Sache Militär, welches dann auch alsbald zur Stelle kam und die Tumultuanten zum Abzug bewog. Erst ein zweiter Bote gelangte an's Amt und wurde nun sofort, jedoch zu spät, Gendarmarie aufgeboten. Ein Vorwurf kann allem Anschein nach weder der Gendarmarie — welche begreiflicher Weise an jenem Tage stark beschäftigt war — noch der Behörde gemacht werden. Die Untersuchung ist im Gang und werden ohne Zweifel die Schuldigen, seien sie, wer sie wollen, ihrer Strafe nicht entgehen. Uebrigens sind sowohl mehrere Militärpersonen, als eine Anzahl der bürgerlichen Tanzgäste nicht unerheblich verletzt.

— In einem Bierhause zu Baden-Baden begingen zwei Handwerksgehilfen den Fastnachtsdienstag mit einem Säßelgeschicht, welches Scherz sein sollte, jedoch infolgedessen in traurigen Ernst ausartete, als Einer dem Andern durch einen unglücklichen Stoß eine Wunde beibrachte, an welcher derselbe nach einigen Tagen starb.

— Vorigen Samstag hat Hr. Rechtsanwalt Kiefer zu Offenburg unter großem Jubel einen Cyclus von Vorlesungen über die Geschichte der Einheitsbestrebungen Deutschlands begonnen.

— Zu Riegel sind am 12. in der Frühe 4 Häuser abgebrannt. Unvorsichtige Umgebungen mit dem Küchenfeuer scheint die Veranlassung gewesen zu sein.

— In Freiburg fand auf Anregung des Gewerbevereins diesen Sonntag den 14. eine weitere Volksversammlung in Sachen der Laffallianer statt. Circa 800 Personen erschienen in der Lieberhalle. Als aber Bürgermeister Schüller zum Vorkommen vorgeschlagen und von der Mehrheit als solcher gewählt wurde, entfernten sich die Laffallianer, 2-300 an der Zahl, unter großem Lärm; sie hatten Hr. Mey wieder den Vorsitz übertragen wollen. Hieraus wurde von den Hh. Wittum (aus Pforzheim), Prof. Wagner, Benedy u. A. über die Tagesfrage gesprochen und die im Sinne der Karlsruher und Pforzheimer Beschlüsse gestellten Anträge von der inzwischen noch weiter geläuteten und nur noch zum kleineren Theil aus Arbeitern bestehenden Versammlung einstimmig angenommen. In Freiburg wird mit großem Eifer für die Sache der Laffallianer gearbeitet und haben mehrere Gewerbeverbindungen sich derselben angeschlossen.

— Unter dem Vorstehe des Geh. Hofraths Dr. Zell tagte diesen Sonntag im Gesellschaftshaus zu Freiburg eine Katholikenversammlung, beabsichtigt Abendung einer Weihnachtsfeier der Katholiken Deutschlands an St. Heiligkeit den Papst zu dessen 50-jährigem Priesterjubiläum, bei welcher Gelegenheit zugleich eine „außerordentliche Liebesgabe“ dargebracht werden soll.

— Zörzach, 15. Febr. Gegen drei Uhr gestern Nachmittags sammelten sich, vom schönsten Sonntagmorgen unterstützt, Arbeiter, Gäste und Neugierige, Einheimische sowohl als zahlreiche Fremde und Ausländer, die Stände- und Altersklassen bunt gemischt, im Saal des Arbeiter-Bildungsvereins im Gasthaus zum Bären hier. Die drei Laffallischen Sendboten, erst Hausstein, dann v. Bornhorst und schließlich Kölsch sprachen zur Menge, die etwa 300 Personen betragen mochte, denn mehr hält der Saal und anstößende Gang nicht. Auch Großrath Frei von Basel, der Vorstand der Baseler Internationalen, sowie ein Hr. Stork von dort, traten als Redner für Gründung eines Laffallischen deutschen Arbeitervereins auf.

Als Zweck dieses deutschen Arbeitervereins nach den Grundgeden von Laffalle stellten die Redner die Erwerbung des allgemeinen Stimmrechts und dann vermittelst desselben die Eroberung der Gesetzgebung, des Grundbesitzes und Kapitals durch den vierten, den Arbeiterstand, auf. Als Gegner dieser Lehre und ihrer Apostel traten zwei Fabrikarbeiter und der Ortsgemeindevorsteher in die Schranken. Das Publikum war so gefällig, den beiden entgegenstehenden Chören von Rednern vollen, wenn auch nicht gleichen Beifall zu spenden. Gegen einige gar zu tolle Äußerungen, wie z. B. als ob die Fabrikanten die alten Arbeiter auf die Gasse und ins Elend stießen und als ob in den Fabrikhallen nur auf Verdummung und Servilismus hingearbeitet würde, erhob die Zuhörerschaft direkte Einsprüche. Ein Basler Volkstänzer stellte die dortigen Fabrikanten in gleiche Reihe mit den nordamerikanischen Wilden, welche mit Pfeilen ihre Jagdhier (in Basel: Fabrikarbeiter) nieder-schossen!

Die Für- und Gegenreden mochten bis gegen 6 Uhr Abends dauern, aber der allgemeine und vorherrschende Eindruck, den die zugegangenen drei Tagesreden machten, lautete fast bloß auf Schwindel und leere Komödie. Den unwiderstehlichsten Beweis für das Fiasco der vielbesprochenen Fremden wird wohl jeder mit uns darin finden, daß unter einer Bevölkerung von etwa 2000 Fabrikarbeitern in Zörzach sich etwa nur ein Duzend derselben den Laffallianern angeschlossen, nachdem ein einfacher Arbeiter alle seine Mitarbeiter gewarnt hatte: nicht an unbekannt Leute sich anzuschließen und auf das heilsame Befehle dadurch zu verzichten. Selbst von obigem Duzend sind wohl die meisten noch Schweizer und Internationale, die das Parlamentergeschäft betreiben.

4 Donauschingen, 15. Febr. Die deutsche Feuer-Versiche-

rungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zu Ludwigshafen am Rhein, deren Direktion sich später in Nürnberg niedergelassen, verlangte zur Deckung der Brandschäden im Jahr 1868 von ihren Mitgliedern Prämien-nachschüsse im dreifachen Betrag der eingezahlten Jahresprämie, obgleich Brandschäden von größerem Betrag im abgelaufenen Jahr nicht bekannt geworden sind. Die Mitglieder der Gesellschaft in diesseitigem Bezirk mit einem Versicherungskapital von 180,000 fl. glaubten in dieser ungerechtfertigten Anforderung des Maximums an Nachschüssen, die gefordert werden können, deutliche Symptome der Insolvenz des Vereins erkennen zu müssen, hielten daher eine Versammlung, welche als Antwort auf die Anforderung den Beschluß faßte, durch Rechnungs-ablage vor einer Generalversammlung die Rechtfertigung der Forderung von der Direktion zu begehren, jedenfalls aber wegen des erschütterten Vertrauens bei der Generalversammlung die Auflösung der Genossenschaft zu beantragen. Auch bei der Großh. Regierung in Karlsruhe werden Schritte, die Zurückziehung der Konzession betreffend, gethan.

— Diesen Sonntag wurde der neue Postkurs Radolfzell-Wangen-Dehningen eröffnet und von den beteiligten Gemeinden festlich begrüßt. Zu Dehningen wurde an demselben Tage aus Anlaß dieses Ereignisses eine Versammlung des Deutsch-vaterländischen Vereins abgehalten, in welcher Hr. Abg. Müller über die Weinaccis-Frage und die Offenburger Parteibildung Bericht erstattete. In ersterer Hinsicht wurde beschloffen, von Erstredung irgend einer Ausnahmestellung für den Sektreis abzusehen, dagegen für Scheidung des Weines in zwei Klassen und für gewisse Vergünstigungen im Handel u. dgl. einzutreten. In letzterem Punkt drückte sich Hr. Müller, wie die „Konst. Zig.“ uns bestätigt, sehr gemäßig aus und versicherte, es sei nichts beabsichtigt worden, als der freisinnigen Partei eine größere Selbstständigkeit zu verschaffen und sie dadurch neu zu beleben. Eine besondere Vereinsbildung wurde, da der Deutsch-vaterländ. Verein ja die gleichen Zwecke verfolge, nicht für nöthig erachtet.

\* Die „Konst. Zig.“ hat uns gründlich mißverstanden, wenn sie uns für Gegner der „Offenburger“ in deren Eigenschaft als politische Männer überhaupt, u. A. auch als Landtags-Kandidaten, ansieht. Wir — und, wie wir überzeugt sind, alle diejenigen liberalen badischen Männer und Zeitungen, welche sich nicht auf Seite der Offenburger gestellt haben — würden es schwer bedauern, wenn die eingetretene Spaltung so weit ginge, um auf die bevorstehenden Landtags-Wahlen einen Einfluß zu üben. Daß speziell in Konstanz von einem solchen Einfluß nicht die Rede sein kann, bezweifeln wir keinen Augenblick. Wenn anderswo das Gleiche der Fall ist, so soll uns dies doppelt freuen.

Karlsruhe, 16. Febr. Wir haben im Lauf der Jahre hier viele Klaviervirtuoson gehört, darunter eine Anzahl der berühmtesten der Gegenwart. Nun haben wir einen Mann in unserer Mitte, der sich zwar nicht die gleiche Verühmtheit nach außen erworben — einfach deshalb, weil er es verschmäht oder verabsäumt hat, sein Licht auch draußen leuchten zu lassen — aber uns aber als Meister auf seinem Instrument lieber ist, als die meisten andern — Hr. Hofkapellmeister W. Kalliwoda. Was seine Kunst auszeichnet, das ist ihr Adel, die Wärme und Tiefe der Empfindung, die von aller eiteln Phrasologie und Kunststreicherei absehe und nur die Poesie des darzustellenden musikalischen Gedankens im Auge behaltende Richtung. Technisch jeder, auch der äußersten Schwierigkeit gewachsen und sie mit Leichtigkeit überwindend, ist ihm das Schwierige nie Selbstzweck, sondern dient ihm nicht mehr als das Leichteste zum Mittel des Ausdrucks; letzteren aber beherrscht er vollkommen nach allen Beziehungen: im Adagio wie im Allegro, im Sentimentalen wie im Heroischen, im einfachen leichten Tongebilde, wie in den komplizirtesten Brauourpartien. Ein außerordentlicher Reiz liegt schon in der weichen, poetisch angehauchten Tonbildung; eine gewisse Mezza-voce-Temperatur geht durch das ganze Spiel, im Piano, Forte und Fortissimo und gibt demselben einen eigenthümlichen Zauber. Kurz, in Allem sieht man den hochbegabten und ächt künstlerisch angelegten Musiker.

Nach langer Zeit hatten wir gestern Abend die Freude, Hr. Kalliwoda wieder einmal öffentlich spielen zu hören und zwar in einem Konzert zum Besten des Luthenhauses. Er füllte mit seinem Spiel nahezu den ganzen Abend aus und bewegte sich mit der gleichen Virtuosität in allen Aufgaben, die er sich gestellt, und worin die Namen Beethoven, Hummel, Schumann, Liszt und Rubinstein vereinigt waren. Wenn wir aus Dem, was — vielleicht allzu reichlich — geboten worden, die Schlussetude von Rubinstein allein besonders hervorheben, so geschieht es lediglich deshalb, weil dieselbe an technischen Schwierigkeiten Alles weit aus übertraf, was der ganze Abend brachte. Sie wurde so mühelos und sicher ausgeführt, wie das leichteste Konzil. Auch einige allerliebste Blüthen eigener Komposition in reinlicher, geschmackvoller Darstellung führte uns der treffliche Künstler vor.

Unterstützt wurde der Konzertsänger in zwei Nummern von den Hh. Behrle, Jauden, F. Segisser, Gluck, W. Segisser und Nitta und zwar beidemal mit höchstem Verständnis und edelster Discretion. Es verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, daß die genannten Herren in Rücksicht auf den wohlthätigen Zweck, dem das Konzert gewidmet war, auf jedes Honorar verzichtet hatten. Außerdem wurde dasselbe durch die Mitwirkung von Frn. Cora Fehr-mann (Schülerin der Frau Barbot) und Frau Lange verschönt. Das Konzert war sehr zahlreich besucht. Hr. Kalliwoda wurde mit Ausrufungen des Beifalls überhäuft.

Frankfurt, 16. Febr. — Mr — Min. Nachm. Deserr. Kreditaktien 281 1/2, Staatsbahn-Aktien 310, National 54 1/2, Steuerfreie 52 1/2, 1868r Loose 80 1/2, Deserr. Saluta 97 1/2, 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 82 1/2, Gold —.

### Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

15. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	28° 23''	+ 4.0	0.84	S.W.	gg. bed.	firm., raub., unfrucht.
Morg. 2 "	28° 35''	+ 6.5	0.76	S.W.	bn. bed.	wind., raub.,
Nacht 9 "	28° 35''	+ 4.6	0.84	S.W.	klar	windstill, angenehm

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Theater in Baden.

Mittwoch 17. Febr. Die Räuber, Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.



